

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 10

Artikel: Basler Regierung : "Ausserdienstliche Schiesspflicht ist diskutabel"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141939>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in einer «Auflage von 75 000 und berichtet über Forderungen und Anti-kriegsaktionen der GIs und Veteranen. . . . Die ASU unterstützt ganz besonders Soldaten, die in Vietnam Befehle verweigern. Solche Befehlsverweigerungen sind inzwischen so häufig geworden, daß die Armee die ungehorsamen Soldaten nicht zu bestrafen wagt, um größere Unruhen zu vermeiden.» Auf Flugblättern fordert die ASU auch auf «gegen das 'Komplott der USA Ölfirmen, den Krieg in Vietnam zu verlängern', zu protestieren.»

Die von Westmoreland gewünschten Toten stehen in den Gewissen ihrer Mörder wieder auf und fangen an, das gewalttätige Gefüge des militärisch-industriellen Komplexes von innen her aufzusprengen. Zunächst sind es die direkt Mitbeteiligten, die sich gegen das militaristische Regiment erheben. Sie verstärken in den USA die Hunderttausende von zivilen Kämpfern, die schon seit Jahren für den Frieden und die Gerechtigkeit, aufgrund der Menschlichkeit, appellieren. Allein, bis anhin schläft noch das Gewissen der im christlich-frommen nationalistischen Kirchenschlaf dahindämmernden «schweigenden Mehrheit». Es ist zu hoffen, daß die Zeugnisse von den Toten in Vietnam und anderswo, auch ihre Gewissen aufwecken werden. Wird dieses Erwachen das Morgenrot zu einem allgemeinen Erwachen der Gewissen über die ganze Welt hin werden? Werden immer weniger Menschen sich in den Dienst des Moloch «Militarismus» zwingen lassen? Kann dann der Tag der Menschlichkeit anbrechen, der durch gegenseitigen Dienst, der Einzelnen und der Nationen, gekennzeichnet ist, mit allem und jedem, das den Menschen zur Verfügung steht, sodaß jedem sein gerechter Anteil daran werden kann, bevor die Menschheit sich den allgemeinen A-B-C-Krieg-Untergang bereitet hat?

Willi Kobe.

Basler Regierung:

«Außerdienstliche Schießpflicht ist diskutabel»

Die Basler Regierung faßte sich ein Herz und schrieb einen mutigen Brief nach Bern (vgl. NZ, Nr. 362). Sie kam zum Schluß, daß die außerdienstliche Schießpflicht an sich «diskutabel» ist und daher ernsthaft überdacht werden muß. . . .

Polizeihauptmann Peter Flisch, Präsident der Baselstädtischen Schießkommission, wollte zum Vorprellen der Regierung nicht Stellung nehmen. Doch gab er unumwunden zu, daß er das obligatorische Schießen

als absolut notwendig erachtet. Der Mann müsse mit seiner Waffe vertraut bleiben. Wie Max Tanner glaubt er auch, daß nur durch das «Obligatorische» Schützen für die Vereine aktiviert werden könnten. Die Vereine hätten sonst mit großen Nachwuchssorgen zu kämpfen.

Schon die Studiengruppe «Außerdienstliches Schießwesen in der Schweiz», unter Leitung des Liestaler Obersten R. Huber, stellte fest: «So, wie die Verhältnisse heute liegen, kann das außerordentliche Schießen mit dem Sturmgewehr nur noch bedingt in militärischer und sportlicher Hinsicht befriedigen. Sie forderte ein Schießen auf unterschiedliche Distanzen und auf bewegliche Ziele. Die entsprechenden Anlagen aber fehlen. Auch bei der Neufassung des Schießprogramms ging man auf Druck des Schweizerischen Schützenvereins nicht auf die Forderungen der Militärs ein. Die Vereinsmeier behielten Oberhand. So gleicht die Schweizer Schützenbewegung eher einer folkloristischen Darstellung denn einer militärischen Notwendigkeit. Der Sinn des «Obligatorischen» geht dabei verloren.

(Aus: «National-Zeitung», Basel, Nr. 370, 15. August 1971)

Thesen zur Schwangerschaftsunterbrechung

Biologen von Weltruf, wie J u l i a n H u x l e y*, England, erklären heute: «In den ersten Stadien der Menschheit war das Gebot, sich zu vermehren, berechtigt. Heute ist es falsch, ihm zu gehorchen, es führte zur Katastrophe. Die Welt steht vor der schwierigen Aufgabe, ihre Vorstellungen über die Bevölkerung völlig umzuwerfen. Sie hat als erstes anzufangen, den Begriff der Bevölkerungsabnahme und nicht der Bevölkerungszunahme als wünschenswert zu betrachten. Zunächst muß die Zuwachsrates verringert werden, dann aber muß die absolute Bevölkerungsziffer kleiner werden, auch in unseren Ländern.»

Angesichts dieser Sachlage glauben wir richtig zu handeln, wenn wir unsern Lesern nachstehende Thesen zur Kenntnis bringen. Red.

Thesen:

vorgetragen anlässlich der Sommerhauptversammlung 1971 der Ärztesgesellschaft des Kantons Bern von Pfr. Martin Stähli, Assistent für Ethik an der Evang.-Theol. Fakultät der Universität Bern.

1. Die Schwangerschaftsunterbrechung ist ein gesellschaftliches Problem, keineswegs nur eine subjektive, persönliche oder individuelle Frage.

* Julian Huxley: «Ich sehe den künftigen Menschen — Natur und neuer Humanismus». List Verlag, München, 1966.